

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Vorbemerkungen	9
1 Problemstellung	9
2 Begriffliche Abgrenzungen	11
3 Gang der Untersuchung	14
II Die am Wortlaut des Aktiengesetzes orientierten Versuche zur Begründung der Zulässigkeit einer Teilgewinnrealisierung bei Interpretation der langfristigen, auftragsbezogenen Leistung als Aktivum mit Vorratscharakter	15
1 Das Verbot des Ausweises unrealisierter Gewinne in der gesetzlichen Ausgestaltung des Anschaffungswertprinzips	15
11 Die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen	15
12 Die Eingruppierung des Aktivums „langfristige, auftragsbezogene Leistung“ innerhalb des Umlaufvermögens	16
13 Die Unzulässigkeit der Durchbrechung des Anschaffungswertprinzips	19
2 Das Gebot des § 149, I, S. 2 AktG, einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft zu geben	20
21 Die Interpretation des Gebots im Schrifttum	20
22 Die Begrenzung der Generalnorm des § 149, I, S. 2 AktG durch die speziellen aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften	21
3 Zusammenfassung	25
III Der an der Aufgabenstellung des aktienrechtlichen Jahresabschlusses orientierte Lösungsansatz bei einer durch Erweiterung des Realisationsprinzips zulässigen Interpretation der langfristigen, auftragsbezogenen Leistung als Aktivum mit Forderungscharakter	27
1 Die dem aktienrechtlichen Jahresabschluß gestellten Aufgaben	27
11 Die möglichen Aufgabenstellungen	27
12 Die Hauptzwecke	28
121 Die Rechenschaftslegung	29
122 Grundlage für die Beschlußfassung über die Gewinnverwendung	30

2	Das Erfordernis der Richtigkeit des Jahresabschlusses als Voraussetzung zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben	31
21	Das Postulat der Zweckentsprechung	31
211	Im Normalfall	31
212	Im Sonderfall der Bilanzierung langfristiger, auftragsbezogener Leistungen	32
22	Das Postulat der Objektivität	33
221	Die Rahmenbedingungen für die Objektivität des aktienrechtlichen Jahresabschlusses	33
222	Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	34
2221	Der Begriff	34
2222	Ableitung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	35
223	Das Realisationsprinzip als oberer Grundsatz bei der Lösung von Bewertungs- und Abgrenzungsfragen	36
2231	Die Inhaltsbestimmung des Realisationsprinzips	36
2232	Die Festlegung des Realisationszeitpunktes	37
2233	Die herausragende Bedeutung des Realisationsprinzips	39
3	Der Konflikt zwischen den Postulaten der Zweckentsprechung und der Objektivität bei der Bilanzierung langfristiger, auftragsbezogener Leistungen	39
31	Die Durchbrechung des Realisationsprinzips	40
311	Die im Schrifttum vertretenen Auffassungen	40
312	Kritik an der Durchbrechung des Realisationsprinzips	42
32	Die Erweiterung des Realisationsprinzips	43
4	Die Voraussetzungen für eine Teilgewinnrealisierung bei Anwendung des erweiterten Realisationsprinzips	45
41	Der ohne Teilgewinnrealisierung erheblich verzerrte Einblick in die Vermögens- und Ertragslage	45
42	Das Vorliegen von Teilabrechnungen	47
421	Die Stellungnahmen im Schrifttum	47
422	Die Teilabrechnung als Hilfsmittel zur Objektivierung des Teilerlöses	48
43	Das Vorhandensein einer exakten Kostenrechnung und Kalkulation	49
44	Keine Risiken aus späteren Teilleistungen	53
5	Die Problematik von Teilgewinnrealisierungen aus der Sicht des Abschlußprüfers	56
6	Flankierende Maßnahmen bei der Vornahme von Teilgewinnrealisierungen	58

	Seite
7 Zusammenfassung	60
IV Die Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage bei Verzicht auf Teilgewinnrealisierungen	61
1 Vorbemerkungen	61
2 Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage im Rahmen des Jahresabschlusses	61
21 Die Erweiterung der Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	61
22 Die Ausnutzung von Bilanzierungshilfen im Rahmen der Leistungsbewertung	62
3 Erweiterte Berichterstattung im Geschäftsbericht	64
4 Zusammenfassung	65
V Ergebnis	67
Abkürzungsverzeichnis	69
Literaturverzeichnis	71